

WIRTSCHAFT

„Die Vergütung bestimmt nicht die Qualität“

Geldanlage Das Beratungshaus MLP bietet einen Teil seiner Dienstleistungen schon länger auf Honorarbasis an. Ein Provisionsverbot lehnt Vorstandschef Uwe Schroeder-Wildberg trotzdem ab. Sein Argument: es würde die Altersvorsorge gefährden. *Von Barbara Schäder*

Provisionen für Anlageberater sind seit der Finanzkrise in Verruf geraten. Uwe Schroeder-Wildberg, Chef des Finanzdienstleisters MLP, verteidigt dieses Modell jedoch. Auch die Kritik an Lebens- und Rentenversicherungen geht aus seiner Sicht in die falsche Richtung.

Herr Schroeder-Wildberg, gerade ist das Gesetz zur Honorarberatung in Kraft getreten. Sie bieten dieses Bezahlmittel für einige Geschäfte an, ist eine Ausweitung denkbar?

Wir bieten Honorarberatung dort an, wo wir einen Kundenbedarf sehen – beispielsweise in Teilen der betrieblichen Vorsorge, aber auch im Vermögensmanagement. Dabei berechnen wir als Honorar einen Prozentsatz auf das angelegte Vermögen. Dieses Konzept gilt für größere wie für kleinere Anlagen – wir bieten also auch den 50-Euro-Sparplan zum Beispiel für Studierende auf dieser Basis. Insofern ist das Honoraranlagenberatungsgesetz grundsätzlich ein richtiger Schritt, aber die gesetzliche Umsetzung ist mangelhaft. Bei einer Registrierung als Honorarberater hätten unsere Berater langjährige Kunden abgeben müssen, die nicht auf das neue Vergütungsmodell umstellen möchten. Das ist absurd. Hier sollte die Politik nachsteuern.

Und wie kommt die Honorarberatung bei den Neukunden an?

Das Konzept kommt gut an, weil es einfach ist: ein Prozentsatz aufs Vermögen, unabhängig auch von der Risikolage. Ganz wichtig ist: Kickbacks, also Rückvergütungen von Fonds, gehen an die Kunden zurück.

„Alle Beteiligten sollten sich an einen Tisch setzen. Wir sind bereit.“

Der MLP-Chef zu Beratungsprotokollen

Das ist das für Versicherungen kein Modell? Nehmen Sie England. Dort wurden Provisionen verboten, seitdem findet Beratung für Versicherungen einfach nicht mehr statt. Auch in Deutschland besteht kaum Kundennachfrage in diesem Bereich. Bei der ganzen Diskussion sollten wir eines nicht vergessen: die Art der Vergütung sagt nichts über die Qualität der Beratung aus – es gibt genauso schlechte Honorarberater, wie es leider auch schlechte Beratung auf Provisionsbasis gibt. Entscheidend ist doch, dass der Kunde nachvollziehen kann: Was kostet es, und bekomme ich dafür eine angemessene Leistung?

Wie überzeugen Sie die Kunden davon?

Zunächst erhalten wir Provisionen ja nicht nur für den Abschluss, sondern bei den laufenden Verträgen auch für die Betreuungsleistung. Und dann zählt für den Kunden das Gesamtleistungspaket: Das geht los bei der Auswahl der Berater und ihrer Ausbildung. Unsere Berater sind zu 80 Prozent Akademiker und besuchen dann für die Grundausbildung noch zwei Jahre lang unsere hausinterne Corporate



MLP-Chef Schroeder-Wildberg befürwortet die umstrittenen Beratungsprotokolle, kritisiert aber die fehlende Kundennähe.

Foto: MLP

University. 125 haben sich zum Certified Financial Planner weiterbilden lassen. Über diesen Titel verfügen in Deutschland bislang nur 1400 Finanzberater. Dann geht es um ein systematisches Beratungsgespräch bis hin zur Dokumentation. Ganz wichtig: statt auf eigene Produkte greifen wir auf den breiten Markt zurück.

Wie stellen Sie Unabhängigkeit sicher?

Als Versicherungsmakler sind wir Anwalt des Kunden. Das ist eine völlig andere Situation, als wenn ein Berater für eine Bank arbeitet, die in der Regel eigene Produkte anbietet, oder ein Vertreter nur einen oder zwei Versicherer im Gepäck hat. Entscheidend ist, dass wir ein sehr breites Angebot an Produkten haben – im Altersvorsorgebereich haben wir etwa 35 Versicherer im Programm, im Krankenversicherungsbereich sind es mehr als 20. Dabei erhalten wir in jedem dieser Segmente jeweils vergleichbare Provisionen. Um dieses Produktportfolio zusammenzustellen, haben wir einen ausgefeilten Bewertungsprozess und nutzen dazu auch externe Ratings.

BERATUNGSHAUS MIT BEWEGTER GESCHICHTE

MLP Der Finanzvertrieb wurde 1971 als Spezialist für Akademiker gegründet. Nach dem Börsengang 1988 gelang 2001 der Aufstieg in den Dax. Kurz darauf geriet MLP wegen Vorwürfen der Bilanzfälschung in die Krise. Ermittlungen gegen den damaligen Chef Bernhard Termühlen wurden letztlich gegen Geldauflage eingestellt.

Uwe Schroeder-Wildberg Der heute 49-Jährige übernahm 2004 den Vorstandsvorsitz von Termühlen. Der promovierte Betriebswirt war erst ein Jahr zuvor von der Direktbank Cortal Consors zu MLP gewechselt. Seine berufliche Karriere begann bei Südzucker in Mannheim. Schroeder-Wildberg hat drei Kinder.

Umbau Unter Schroeder-Wildbergs Ägide erschloss MLP neue Geschäftsfelder: Seit 2004 berät das Unternehmen Firmen bei der betrieblichen Vorsorge. Seit 2007 wird auch Unterstützung bei Baufinanzierungen angeboten. Parallel dazu wurde die Vermögensverwaltung kräftig ausgebaut.

Für die Kunden sind solche Auswahlprozesse schwer nachzuvollziehen. Deswegen wurden Beratungsprotokolle und Produktinformationsblätter eingeführt, über die es aber auch viele Beschwerden gibt...

Wir halten eine Beratungsdokumentation für sehr wichtig und richtig. Was wir aber nicht brauchen, sind Papierwälder. Um die bestehenden Regeln kundennäher auszugestalten, sollten sich alle Beteiligten an einen Tisch setzen – Politik, Verbraucherschützer, Wissenschaftler und Marktakteure. Wir stehen dafür bereit.

Wieso kommen die Bemühungen nicht voran? Weil die Produkte und auch die Akteure so unterschiedlich sind. Auch die Regulierung war in der Vergangenheit oft unangestimmt: Mal wurden Provisionen in Euro angegeben, mal in Prozent – kein Kunde versteht, wie er das vergleichen soll. Nicht einmal die Aufsicht ist einheitlich geregelt, für Berater wie MLP ist die Bafin zuständig, für andere die Gewerbeaufsicht. Unser Vorschlag ist: eine Aufsicht für alle, und das kann nur die Bafin sein.

Ihr Geschäft mit Lebensversicherungen hat unter der Reform- und Zinsdebatte gelitten. Wie bringen Sie es wieder in Schwung?

Im ersten Quartal haben wir eine erste Aufwärtsbewegung gesehen, das geht schon mal in die richtige Richtung. Aber natürlich sind wir noch lange nicht da, wo wir in normalen Märkten wären. Entscheidend ist die große Notwendigkeit für Vorsorge. Die gesetzliche Rente wird für junge Menschen weniger als 45 Prozent ihres Durchschnittsverdienstes betragen. Es ist also eine große Deckungslücke da. Die Branche hat leider den Fehler gemacht, viel zu viel über Rendite statt über das eigentliche Alleinstellungsmerkmal gesprochen zu haben: dass nur eine Rentenversicherung eine lebenslange Zahlung garantiert. Unabhängig davon ist eine Gesamtverzinsung von durchschnittlich 3,4 Prozent im aktuellen Umfeld für eine wenig volatile Anlage ein durchaus beachtlicher Wert.

Zum Schluss zum MLP-Geschäft insgesamt. Werden Sie 2014 Ihr Ziel eines Vorsteuerergebnisses von 65 Millionen Euro erreichen?

Wir haben in unserem Ausblick ja mehrere Szenarien aufgestellt, da das Marktumfeld schwierig und schlecht vorhersehbar ist. Fakt ist, dass wir selbst im unteren Szenario mit 50 Millionen Euro Vorsteuerergebnis deutlich wachsen möchten, bei den 65 Millionen Euro haben wir eine erste Verbesserung des Marktumfelds unterstellt. Ausschlaggebend wird letztlich das vierte Quartal sein, weil zum Jahresende viele Bürger ihre Finanzen regeln.

Das Gespräch führte Barbara Schäder.

Der Tüv-Stempel für Geldanlagen wird ausbleiben

Verbraucher Die Regierung setzt auf mehr Informationen, Transparenz, Aufsicht – und auf Geldbußen. Entscheiden muss der Kunde alleine.

Der Verbraucherschutz war SPD und Union in ihrem Koalitionsvertrag ein ganzes Kapitel wert. Von einem Verbraucher ist darin die Rede, der selbstbestimmt entscheidet und auf verbraucherfreundliche, transparente Märkte mit sicheren und guten Produkten trifft. Mit ihrem Referentenentwurf zu mehr Schutz für Kleinanleger, mit dem acht Gesetze geändert werden sollen, geht die Regierung nun daran, ihr Versprechen einlösen.

Weitere Schritte sollen in diesem Jahr folgen. Dazu gehören sogenannte Finanzmarktwächter, die ein Auge darauf haben sollen, dass der Verbraucher bei Geldgeschäften nicht unter die Räder kommt. Bei dem Vorhaben geht es darum, Kleinanleger vor der eigenen Gutgläubigkeit zu schützen. Für Verkäufer bestimmter Fonds, Darlehensformen und Genusscheine soll es nicht mehr so leicht sein, mit blumigen Versprechungen über Renditen, Sicherheit der angebotenen Anlagen und Verfügbarkeit des Geldes Kunden zu finden. Als Lehrbeispiel gilt der Fall der Insolvenz des Windpark-Finanzierers Prokon, der mit

vollmundigen Zusicherungen rund 75 000 Anleger fand, die nun um ihr Geld fürchten.

Die Strategie der Gesetzesautoren ruht auf vier Säulen: umfassendere Informationen, mehr Transparenz, mehr Aufsicht und drastisch höhere Geldbußen bei Gesetzesverstößen für Anlagen-Emittenten. Entscheiden muss der Kunde, der nach einer sicheren Geldanlage mit möglichst hoher Rendite sucht, am Ende aber allein. Einen Tüv, der einzelnen Anlageprodukten mit seinem Stempel quasi amtlich Güte und Unbedenklichkeit bescheinigt, wird es nicht geben. Auch all die zusätzlichen Informationen über die jeweilige Geldanlage muss der Kunde sich anlesen oder von einem Berater nahebringen lassen. Der „kundige Bürger“ ist gefragt. Der Bundesverband deutscher Banken hält sich zu dem neuen Vorhaben noch bedeckt. Es gehe in die richtige Richtung, ist dort zu hören. Ansonsten will man den Gesetzesvorschlag erst einmal prüfen.

Ob der Kleinanleger künftig besser vor dubiosen und riskanten Anlagen geschützt wird, hängt entscheidend von einer Behörde

ab, die bisher nicht direkt mit Verbraucherschutz in Verbindung gebracht wird: von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin). Sie soll sich nun auch den allgemeinen Verbraucherschutz auf die Fahnen schreiben. Sie soll einschreiten, wenn der Anleger mit opulenter Werbung in U-Bahnen und Publikumszeitschriften geködert wird, wenn die Pflichten zur Rechnungslegung, zur Information und zur Transparenz verletzt werden.

Die Bafin soll auch ein schärferes Schwert erhalten: Bei Gesetzesverstößen ist ein Bußgeld von bis zu 250 000 Euro vorgesehen, das Zehnfache des aktuellen Rahmens. Zudem sollen Verstöße veröffentlicht werden können, so dass dem Schuldigen der Pranger droht. Ausnahmen soll es aber für bestimmte Finanzierungsformen im Internet geben. Angebote etwa für Start-ups sollen von der Pflicht ausgenommen werden, einen Anlagenprospekt vorzuweisen. Voraussetzung: es soll nicht mehr als eine Million Euro eingesammelt werden, und ein einzelner Anleger darf nicht mehr als 10 000 Euro zeichnen. Damit soll das sogenannte Crowdfunding für Jungunternehmen geschont werden. Ob das gelingen wird, ist aber umstritten. „Der vorliegende Gesetzesentwurf schafft die Gratwanderung zwischen Anlegerschutz

und Start-up-Förderung nicht wirklich“, kritisierte Bernhard Rohleder, Hauptgeschäftsführer des IT-Branchenverbandes Bitkom. Crowdfunding und Crowdfunding würden erschwert, ohne dass sich der Anlegerschutz verbessere. StZ

EXISTENZ BEDROHT?

Kritik Der Entwurf eines Kleinanlegerschutzgesetzes stößt in der Crowdfunding-Szene auf Kritik. David Rhotert, Gründer der Crowdfunding-Plattform Comanisto, fürchtet gar um die Existenz. „Die Regelungen des Gesetzesentwurfs sind primär auf Hunderte Millionen Euro schwere Finanzprodukte ausgelegt und sehen dementsprechend bürokratische und kostspielige Verfahren und Abläufe vor“, sagte er. Das bedrohe die Crowdfunding-Branche.

Vergleich Die Crowdfunding-Branche hat nach Rhoterts Angaben mit Hilfe der Netzgemeinde innerhalb von drei Jahren insgesamt gut 30 Millionen Euro in mehr als 100 junge innovative Unternehmen investiert. Sie soll nach seinen Worten nun bis auf wenige Ausnahmen genauso reguliert werden wie beispielsweise der Windanlagen-Finanzierer Prokon, der 1,4 Milliarden Euro eingesammelt hatte. Alle Crowdfundings erreichen zusammen nur zwei Prozent des Prokon-Volumens. StZ

Börsenwoche

Krisenstimmung an der Börse



Aktien Die Berichtssaison der deutschen Großunternehmen verläuft ziemlich holprig. *Von Barbara Schäder*

Um 4,5 Prozent ist der deutsche Aktienindex Dax in der vergangenen Woche abgerutscht. Laut Berechnungen der Nachrichtenagentur Reuters ist das der größte Wochenverlust seit zwei Jahren. Mit einem Schlusskurs von 9210 Punkten lag das Börsenbarometer am Freitag rund 800 Punkte niedriger als vor vier Wochen. Kein Wunder: „Ähnlich wie die Rekordmengen an Regen prasselten fast unaufhörlich schlechte Nachrichten auf die Börsen herunter“, schreibt die Landesbank LBBW mit Blick auf die jüngsten Sommergewitter.

Vor allem die Verschärfung der EU-Sanktionen gegen Russland belastet die Stimmung. Zwar hielten sich die unmittelbaren Folgen für die deutsche Wirtschaft in Grenzen, meint die Commerzbank, doch sollte Russland mit einem Einfuhrstopp für EU-Waren reagieren oder gar die Öl- und Gaslieferungen in den Westen drosseln, hätte das „spürbare Konsequenzen“. Nervosität lösen auch die Staatspleite in Argentinien und die Probleme der portugiesischen Banco Espírito Santo aus.

Zudem verläuft die Berichtssaison deutscher Unternehmen holperig, zuletzt verdarb eine Gewinnwarnung des Sportartikelherstellers Adidas den Aktionären die Stimmung. „Adidas mit seinem starken wirtschaftlichen Engagement in Russland ist zum Sinnbild der vor der deutschen Haustür liegenden geopolitischen Krise geworden“, kommentiert Robert Halver von der Baader Bank.

Auch die neue Woche bietet spannende Zahlen: Am Dienstag präsentieren BMW und die Deutsche Post ihre Quartalsberichte. Mittwoch öffnet der Chemiekonzern Lanxess seine Bücher. Am Donnerstag sind mit Münchener Rück, Telekom, Beiersdorf und der Commerzbank gleich vier Dax-Konzerne an der Reihe. Den Schlusspunkt für die Woche setzt Freitag die Allianz.

Wenig Neues erwarten Analysten dagegen von der Sitzung der Europäischen Zentralbank (EZB) am Donnerstag. Da die von der Notenbank angekündigten Programme zur Ankerbelagerung der Kreditvergabe erst im Herbst starten, werden die Währungshüter wohl erst einmal deren Wirkung abwarten.

Griechenland

Steuerfahnder prüfen Bankkonten

Griechenland verschärft den Kampf gegen Steuerhinterzieher. Die Steuerämter sollen künftig alle Griechen mit Bankguthaben von mehr als 100 000 Euro überprüfen können. Wer nicht erklären kann, wie er zu dem Geld gekommen ist, soll harte Strafen zahlen. Die griechischen Banken hätten den Behörden bereits die notwendigen Daten übergeben, berichtete die Athener Sonntagszeitung „To Vima“ unter Berufung auf das Finanzministerium.

Nach den ersten Kontrollen seien bereits einige „krasse Fälle“ aufgefallen. Darunter sei ein Bauunternehmer, der im vorigen Jahr nur ein Einkommen von 72 000 Euro versteuert habe, gleichzeitig aber über Geldeinlagen in Höhe von 280 Millionen Euro verfüge. Ein arbeitslos gemeldeter Mann, angeblich ohne Einkommen in den vergangenen Jahren, habe 2,5 Millionen Euro auf seinem Konto. Die Summe der Geldeinlagen, die 100 000 Euro über-treffen, soll 43 Milliarden Euro betragen.

Eine Großfahndung nach Steuerbetrü-gern könnte aber an Personalmangel scheitern: Bislang sind offenbar nur sechs Beamte an die neu eingerichtete Stelle versetzt worden, die mögliche Steuerhinterzieher unter die Lupe nehmen soll. Die Überprüfung der Daten könnte „mit dieser Besetzung bis zu 15 Jahre dauern“, sagte ein hoher Beamter im Finanzministerium. Nach Schätzungen müssen 1,2 Millionen Konten überprüft und dann mit dem gemeldeten Einkommen verglichen werden. dpa

Kontakt

Wirtschaftsredaktion
Telefon: 07 11/72 05-12 11
E-Mail: wirtschaft@stz.zgs.de